

CDU-Kreistagsfraktion / FDP-Kreistagsfraktion / Gruppe FWG

Herrn
Landrat Dr. Niermann
Portasträße 13
32423 Minden

2. März 2011

Haushaltsberatungen / Änderungsanträge zum Stellenplan 2011

Sehr geehrter Herr Landrat,

angesichts der angespannten Haushaltssituation für den Mühlenkreis und bei den elf kreisangehörigen Städten und Gemeinden müssen alle Einsparpotentiale genutzt werden. Der Kreis steht dabei nicht nur als Umlageverband in einer besonderen Verpflichtung, sondern auch als Kommunal- und Finanzaufsicht gegenüber den kreisangehörigen Städten und Gemeinden.

Der kommunale Frieden würde erheblich gestört, wenn der Kreis als Umlageverband nicht mit der gleichen Intensität, wie dies in den Städten und Gemeinden erfolgt, Einsparungen und Haushaltsverbesserungen realisieren würde.

Die Forderungen an Bund und Land nach einer durchgreifenden Finanzreform, um insbesondere die kommunale Ebene bei den stetig ansteigenden Sozialausgaben zu entlasten, müssen auf der Tagesordnung bleiben. Die aktuelle Entscheidung des Bundes hinsichtlich der Kostenübernahme bei der Grundsicherung ist ein guter Schritt in die richtige Richtung.

Zusammen mit der nach der Finanzkrise in Deutschland erfreulichen Konjunktur- und Wirtschaftsentwicklung und höheren Steuereinnahmen müssen diese zur Rückführung der strukturellen Defizite, auch in der mittelfristigen Finanzplanung, eingesetzt werden. Alle sich bietenden Einsparmöglichkeiten sind konsequent zu nutzen, um nicht nur den Schuldenanstieg zu begrenzen, sondern die Verschuldung abzubauen. Angesichts der hohen Verschuldung von Bund und dem Land NRW ist der dortige „Bewegungsspielraum“ für eine bessere Finanzausstattung der kommunalen Ebene sehr begrenzt.

Es hilft den Kommunen auch nicht weiter, wenn vorübergehende Hilfen für diese nur durch eine massive Erhöhung der Landesschulden gewährt werden können. Solche Hilfen ausschließlich auf Pump belasten die nachfolgenden Generationen in unverantwortlicher Weise und führen zu noch höheren Zins- und Tilgungslasten. Bei ansteigenden Zinssätzen verschärft sich die Situation noch weiter.

Im Gesamtetat des Kreises sind nach dem „Sozialhaushalt“ mit den dort dominierenden und gesetzlich vorgegebenen Ausgabeverpflichtungen die Personalaufwendungen die zweitgrößte Ausgabeposition.

Zur besseren Transparenz des Stellenplanes und zur Gewährleistung einer Nachhaltigkeit und politischen Kontrolle der Einsparbemühungen ist es aus unserer Sicht erforderlich, die für den dauerhaften Wegfall vorgeschlagenen Stellen im Stellenplan mit „k.w.-Vermerken“ (künftig wegfallend) zu kennzeichnen.

Zur weiteren Verbesserung der Transparenz der Stellenpläne ist aktuell und künftig auch das Jahr anzugeben, in dem auf die jeweilige Stelle verzichtet werden soll, um die jeweilige Anpassung politisch gut kontrollieren zu können.

Neben diesen grundsätzlichen Anmerkungen zur Kennzeichnung der k.w.-Stellen werden auf den nachfolgenden Seiten unsere Anträge zum Stellenplan 2011 aufgelistet und dazu in Kurzform die jeweiligen Begründungen dargestellt.

Bei der Beratung über die hiermit eingebrachten Anträge zum Stellenplan werden wir bei Bedarf im Kreisausschuss und Kreistag ergänzende Begründungen noch mündlich vortragen. Ferner wurde den Fraktionen des Kreistages von der Verwaltung die Stellungnahme des Personalrates zum Stellenplan 2011 übersandt.

Die dort dargestellten Wünsche und Anmerkungen nehmen wir nicht nur zur Kenntnis, sondern stimmen mehreren Feststellungen ausdrücklich zu. Dies gilt nicht nur für die Kritik des Personalrates an der Einführung des neuen Kreislogos und der damit verbundenen Geldausgabe, sondern auch für die Feststellung des Personalrates, dass eine weitere Arbeitsverdichtung an Grenzen stößt, wenn der gewohnte Standard eingehalten und beispielsweise Bearbeitungszeiten nicht länger werden sollen.

Allerdings ist zu beachten, dass sich Aufgabenbereiche auch teilweise deutlich verändern. Neben Aufgaben mit gleichbleibendem oder sogar steigendem Aufwand gibt es auch solche mit einer rückläufigen Entwicklung. Die Kreispolitik sollte deshalb vorausschauend prüfen, ob der Kreis sich nicht zur dauerhaften Entlastung des eigenen Haushaltes und des Personals von Einzelaufgaben und dafür infrage kommenden eigenen Einrichtungen rechtzeitig trennt, bevor die weitere Entwicklung dies eventuell zu ungünstigeren Bedingungen erzwingt.

Anlage: Anträge zum Stellenplan

Mit freundlichen Grüßen

Friedrich Klanke
Vorsitzender CDU-Fraktion

Andreas Eickmeier
FDP-Fraktion

Kurt Riechmann
Gruppe FWG

Stellenplan 2011 des Kreises Minden-Lübbecke

Die Fraktionen von CDU, FDP und die Gruppe FWG stellen folgende Anträge:

Alle Stellen, die derzeit nicht durch Mitarbeiter/innen aufgabenbezogen besetzt sind (z. B. Beamtenstellen im Haupt- und Personalamt), sind mit einem k.w.-Vermerk und dem Haushaltsjahr 2011 zu versehen.

Die von der Verwaltung als Konsolidierungsbeitrag vorgeschlagenen Stellen, die endgültig eingespart werden sollen, sind ebenfalls mit einem k.w.-Vermerk und dem jeweiligen Haushaltsjahr des Wegfalls zu kennzeichnen.

Darüber hinaus werden die in der nachfolgenden Sachdarstellung benannten Stellen ebenfalls mit einem k.w.-Vermerk und dem dazugehörigen Haushaltsjahr versehen. (2011: 17 Stellen, 2012: 6 Stellen, 2013: 5 Stellen)

Mitarbeiter, die in dem jeweiligen Haushaltsjahr diese k.w.-Stellen besetzen, werden vorrangig, d. h. unabhängig von internen und externen Bewerbungen sowie von möglichen Übernahmen der Auszubildenden auf neue und freiwerdende Stellen umgesetzt. Sofern sie nicht im „k.w.-Jahr“ ohnehin ausscheiden, hat die Umsetzung spätestens bis zum Ende des auf das Haushaltsjahr des Wegfalls folgenden Jahres zu erfolgen.

Auf betriebsbedingte Kündigungen wird weiterhin verzichtet.

Damit die politische Kontrolle und Begleitung der vorstehenden Maßnahmen gegeben ist, hat die Verwaltung künftig im Rahmen der Quartalsberichterstattung zum Haushalt auch über die Umsetzung und die Stellenbewirtschaftung im Finanzausschuss in geeigneter Form zu berichten.

Über die von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen hinaus ist nach unserer Auffassung bei den nachfolgenden Produkten/Bereichen eine weitere Reduktion der Stellen möglich:

001007001 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Von den 3,47 Stellen der Beschäftigten können künftig 1,47 Stellen wegfallen. Es sind somit die entsprechenden k.w.-Vermerke 2011 anzubringen. Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ist im Vergleich zu anderen Kreisen und zur großen Mehrzahl der kreisangehörigen Städte und Gemeinden überdurchschnittlich besetzt. Ferner sind die öffentlichkeitswirksamen Großvorhaben wie der Neubau des J.-W.- Klinikums und andere Maßnahmen inzwischen abgeschlossen. Die Mühlenkreiskliniken (MKK) haben ihre eigene Öffentlichkeits- und Pressearbeit ausgebaut. Gerade an dieser Stelle sind Doppelstrukturen kontraproduktiv, da zusätzlicher Abstimmungsaufwand entsteht.

002009002 Zensus

Es handelt sich eindeutig um eine zeitlich begrenzte Aufgabe. Mit Ablauf des vorgesehenen Erhebungszeitraumes im Jahr 2013 können die dafür eingerichteten Beam-

ten- und Beschäftigtenstellen wegfallen. Deshalb sind sie bereits im Stellenplan 2011 mit einem k.w. (2013)-Vermerk zu kennzeichnen.

001005001 Prüfung und Beratung

Das Rechnungsprüfungsamt des Kreises prüft zur Zeit eine Vielzahl von Vereinen und Verbänden. Darüber hinaus werden Kassen- und Sonderprüfungen bei Tochterunternehmen durchgeführt. Insbesondere bei den Mühlenkreiskliniken AÖR führt dies zu einem ganz erheblichen Arbeitsumfang für die Prüfer/innen. Die Prüfung der Vereine sollte daher künftig durch ehrenamtliche Kassenprüfer erfolgen, wie dies bei vergleichbaren Vereinen auch geschieht. Bei Bedarf oder entsprechenden Anforderungen können auch Wirtschaftsprüfer beauftragt werden. Mit der Einrichtung einer vom Vorstand unabhängigen Innenrevision bei den MKK AÖR ist es sowohl inhaltlich sinnvoll als auch die wirtschaftlichere Lösung, wenn diese die Aufgaben des RPA übernehmen würde. Im Stellenplan ist deshalb bei Umsetzung der vorgenannten Maßnahmen zunächst schon 1 Beamtenstelle mit einem k.w.-Vermerk für 2011 zu versehen.

003002001 Medienzentrum

In diesem Bereich können ab 2011 sämtliche Stellen mit einem k.w.-Vermerk versehen werden. Bedingt durch den enormen technischen Fortschritt und die Möglichkeit, die Medien via Internet auszuleihen, ist die Aufgabenwahrnehmung künftig nicht mehr notwendig. Die vorhandenen Medien können den Berufskollegs übergeben werden. Für die Ausleihe von Geräten wäre es völlig ausreichend, wenn diese im Bürgerservice bereitgestellt werden. Auch hier hat die technische Entwicklung die Nachfrage nach solchen Geräten stark dezimiert. Selbst im privaten Sektor sind beispielsweise leistungsstarke Beamer und „Wiedergabegeräte“ verbreitet vorhanden. Mit den dann nicht mehr für diese Zwecke benötigten Räumen im Kreishaus kann zudem die dort sehr beengte Raumsituation (u. a. Ausländeramt) nachhaltig verbessert werden.

005 Produktbereiche des Sozialamtes

Eine gewisse Reduzierung der Standards in der Sachbearbeitung würde es möglich machen, ab 2011 jeweils eine Stelle einzusparen. Somit ist für 2011 ein k.w.-Vermerk anzubringen.

007003001 Drogenberatungsstelle

Sofern es zutreffend ist, dass es eine rückläufige Entwicklung insbesondere im Bereich der Substitutionsbehandlung gibt, ist von der Verwaltung zu prüfen, ob neben der bereits vorgeschlagenen Stelle eine weitere Stelle im Verwaltungsbereich ab 2011 wegfallen und mit einem k.w.-Vermerk versehen werden kann. Eine organisatorische Neuausrichtung durch eine enge Anbindung dieses Bereiches an das Gesundheitsamt des Kreises dürften zudem weitere Synergien im Sinne von Effizienzsteigerungen und Qualitätsverbesserungen bringen.

015001003 Zukunftssicherung Ausbildung

In diesem Bereich kann ab 2011 eine Stelle mit einem k.w.-Vermerk versehen werden, wenn anstelle der von der Verwaltung vorgesehenen Kostenübernahme durch

den Verein ZAM e.V. der Verein in eigener Regie ein befristetes Beschäftigungsverhältnis organisiert. Dies ist sowohl inhaltlich als auch organisatorisch die bessere Lösung.

009004001 Wertgutachten und –auskünfte (Gutachterausschuss)

Die Erstellung von Wertgutachten ist insgesamt für den Kreis defizitär und es handelt sich um eine freiwillige Dienstleistung des Kreises (Gutachterausschuss). Ein künftiger Verzicht darauf bringt auch für die „Kunden“ keine Nachteile, da erforderliche Wertgutachten genauso gut durch amtlich anerkannte private Gutachter erstellt werden können. Damit kann mindestens eine Stelle eingespart und mit einem k.w.-Vermerk 2011 gekennzeichnet werden.

Kreisplanungsstelle

Da der Kreis nach Fertigstellung des JW-Klinikums keine originären Planungsaufgaben im Planungsverband Klinikum mehr zu erfüllen hat und die vorgesehene Geschäftsführung im Planungsverband „Regioport Weser“ bei der Stadt Minden liegt, sind in diesem Bereich lediglich die Planungsverfahren externer Planungsträger zu begleiten. Diese „Begleitung“ ist sicherlich mit einer Stelle zu bewältigen. Somit sind die beiden weiteren Stellen dieses Bereiches bereits für 2011 k.w. zu stellen.

010002001 Objektbezogene Wohnungsbauförderung

Wie bereits öffentlich verkündet, plant die neue Landesregierung eine weitere und deutliche Reduzierung der individuellen Wohnungsbauförderung. Es ist daher absehbar, dass die Zahl der zu bearbeitenden Fälle nochmals deutlich abnehmen wird. Wir halten es daher für vertretbar, von den vorhandenen Beamten- und Beschäftigtenstellen dann jeweils eine Stelle in 2011 und eine Stelle in 2012 mit einem k.w.-Vermerk zu versehen.

011-014 Produktbereiche des Umweltamtes

Durch Reduzierung der freiwilligen Aufgabenwahrnehmung und in Teilbereichen auch durch eine vertretbare Absenkung von Standards, zumal das Umweltamt des Kreises, auch wenn die Vergleichbarkeit mit anderen Landkreisen wegen des teilweise unterschiedlichen Aufgabenspektrums schwierig ist, eine eher überdurchschnittliche Personalausstattung aufweist, sollte für 2011 ein k.w.-Vermerk angebracht werden.

001/013/014 Produkte des Baubetriebs

Für absehbare Zeit lassen die finanziellen Ressourcen eine weitgehende und grundlegende Sanierung der kreiseigenen Liegenschaften (wie diese im Rahmen des Konjunkturpakets II erfolgt bzw. schon erfolgt ist) nicht zu. Damit ist eine erhebliche Reduktion der Aufgaben des technischen Immobilienmanagements gegeben. Außerdem werden bekanntlich Liegenschaften aus dem Verantwortungsbereich des Kreises, unter anderem die frühere Schifferberufsschule in Petershagen und das Museum in Kleinenbremen herausgenommen bzw. ist dies bereits erfolgt. Von daher müssen daraus die personellen Konsequenzen gezogen werden. Entsprechend ist jeweils eine Stelle für 2011 und 2012 mit einem k.w.-Vermerk zu versehen.

Nach unserer Auffassung sollte sich der Kreis sukzessive von weiteren Liegenschaften trennen, insbesondere wenn diese auf Dauer deutliche Defizite verursachen und weitere Faktoren (demografische Entwicklung) sogar noch ein Ansteigen des jährlichen Zuschussbedarfes bei schwieriger werdender Auslastung (z. B. Mindener Hüt-

te) erwarten lassen. Über die organisatorische Zuordnung von betriebswirtschaftlichen Aufgaben in den Bereich des Haupt- und Personalamtes bzw. der Kämmerei können weitere Synergien gehoben werden. Damit ist auch in diesem Bereich eine weitere Stelle und zwar ab 2012 zu reduzieren und der k.w.-Vermerk anzubringen.

Für die Politik ist überdies nicht transparent, welche Aufgaben der Baubetrieb z. Zt. für einzelne Tochterunternehmen wie AML-Immo GmbH bzw. ZV i. L. KiM übernimmt. Im Sinne von Transparenz und eindeutiger Zuordnung der Kosten sollte künftig auf diese Dienstleistungen verzichtet werden. Den Tochterunternehmen ist es ohne weiteres möglich, externe Anbieter mit der Aufgabenwahrnehmung zu beauftragen. Kann die Verwaltung nicht schlüssig nachweisen, welche Vorteile für den Kreis und die Tochterunternehmen mit einer Fortführung des bislang praktizierten Verfahrens gegenüber der vorgeschlagenen Verfahrensweise verbunden sind, dann ist auch in diesem Bereich ein weiterer k.w.-Vermerk für 2011 anzubringen.

009002004 Vermessungsdienstleistungen

Schon seit vielen Jahren ist für das Katasteramt des Kreises ein hoher Zuschussbedarf erforderlich. Warum der Kreis nicht nur für kreiseigene Belange, sondern auch für Dritte Vermessungsdienstleistungen anbietet und dies in einem defizitären Aufgabenbereich (Zuschussbedarf für 2011 rd. 210.000 € !), ist mehr als überprüfenswert. Es gibt kein durchschlagendes Argument dagegen, warum die Vermessungen für Dritte nicht generell durch private öffentlich bestellte Vermessungsingenieure durchgeführt werden können.

Unbestritten ist, dass auch für die eigenen Vermessungen ein Rückgang wegen rückläufiger „kreiseigener Aufträge“ gegeben ist. Nicht nur die Zeit der großen Hochbauvorhaben ist vorbei, sondern auch die Neutrassierung von Kreisstraßen. Selbst die kleineren Maßnahmen, die Vermessungsarbeiten erfordern, wie Kurvenbegradigungen und Straßenverbreiterungen sind deutlich rückläufig. Ziel muss es deshalb sein, mindestens 6 Stellen für die nächsten drei Jahre zu reduzieren. Insofern sind in den Stellenplänen 2011 bis 2013 jeweils 2 Stellen mit k.w.-Vermerken zu versehen.

Die detaillierte Festlegung der Stellen in den vorgenannten Bereichen hat durch die Verwaltung zu erfolgen. Die hiermit beantragten k.w.-Vermerke führen insgesamt zu einem Wegfall von **28 Stellen insgesamt in drei Jahren.**

Gemessen an der Gesamtzahl des Stellenplanes liegt eine solche **Reduzierung unter drei Prozent der Stellen.** Allerdings ist damit eine Reduzierung der Personalkosten in Höhe von rund **500 000 € jährlich** möglich. Eine Einsparung von fast **1,5 Mio. €** nach drei Jahren und diese dann für die Folgezeit dauerhaft gegenüber keiner Stellenreduzierung, ist nicht einmal annähernd durch weitere Sparmaßnahmen bei den noch verbliebenen freiwilligen Leistungen des Kreises zu erreichen, ohne eine Zerschlagung bewährter Strukturen zu riskieren.